

Mündliche Anfragen

für die Fragestunde der 89. Sitzung des Landtags Rheinland-Pfalz

am Freitag, dem 25. Februar 2005

1. Abgeordnete Beate Reich und Dieter Klöckner (SPD) Anstieg der Ermittlungsverfahren wegen rechtsextremistischer und fremdenfeindlicher Straftaten

Einer aktuellen Verlautbarung des Justizministeriums zufolge ist die Zahl der Ermittlungsverfahren wegen rechtsextremer und fremdenfeindlicher Straftaten in Rheinland-Pfalz im Jahr 2004 gegenüber dem Vorjahr um rund 16 % auf 814 Fälle angestiegen. Auch wenn diese Zahl deutlich unter dem Höchststand des Jahres 2001 liegt, besteht Grund zur Besorgnis.

Wir fragen die Landesregierung:

1. Wegen welcher Delikte aus dem Bereich rechtsextremistischer und fremdenfeindlicher Straftaten wurde ermittelt?
2. Wie viele der Beschuldigten waren Jugendliche und Heranwachsende?
3. Welche Maßnahmen wird die Landesregierung ergreifen, um ihre bisherigen Bemühungen zur Bekämpfung des Rechtsextremismus in seinen unterschiedlichen Erscheinungsformen ggf. noch zu verstärken und zu intensivieren?

2. Abgeordnete Josef Keller und Erhard Lelle (CDU) Anspruch und Wirklichkeit der Ganztagschule in Rheinland-Pfalz

Wir fragen die Landesregierung:

1. In welchem Zahlenverhältnis steht der von der Landesregierung für die Ganztagschule in Angebotsform ermittelte Bedarf an Lehrerwochenstunden zu den an Ganztagschulen tatsächlich in Anspruch genommenen Lehrerwochenstunden, jeweils umgerechnet in Unterrichtsdeputate von Vollzeitstellen, in den Schuljahren 2002/2003, 2003/2004 und 2004/2005?
2. In welchem Zahlenverhältnis stehen die für Investitionen und für Personal im Landeshaushalt veranschlagten Mittel für die Ganztagschulen zum Haushalts-Ist in den Jahren 2002, 2003 und 2004?
3. Wie viele der Schulen mit Ganztagsschulangebot hatten in den Schuljahren 2003/2004 und 2004/2005 einen Rückgang von Anmeldungen zum Ganztagsschulbetrieb zu verzeichnen?
4. In welchem Umfang sank an den Schulen mit Ganztagsschulbetrieb die Teilnehmerzahl im Verlaufe der Schuljahre 2003/2004 und 2004/2005?

3. Abgeordneter**Nils Wiechmann****(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)****„Zukunftschance Kinder – Bildung von Anfang an“**

Am 15. Dezember 2004 haben die regierungstragenden Fraktionen von SPD und FDP bei den abschließenden Beratungen zum Doppelhaushalt des Landes Rheinland-Pfalz umfassende Anträge der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Verbesserung der frühkindlichen Bildung und zu einem qualitativen und quantitativen Ausbau der Kinderbetreuungsinfrastruktur des Landes abgelehnt, da diese angeblich vor dem Hintergrund der Misere der öffentlichen Haushalte nicht finanzierbar seien.

Die Landesregierung hat nun am 15. Februar 2005 das Programm „Zukunftschance Kinder – Bildung von Anfang an“ angekündigt, das viele Elemente der damaligen Anträge von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN beinhaltet.

Ich frage die Landesregierung:

1. Was hat sich aktuell gegenüber den finanziellen Vorgaben geändert, die den Beratungen zum Doppelhaushalt 2005/2006 des Landes Ende vergangenen Jahres zugrunde lagen?
2. Warum wurde das Programm nicht im Doppelhaushalt 2005/2006 veranschlagt und wie soll die Finanzierung des Programms im Doppelhaushalt 2005/2006 erfolgen?
3. Wird die Landesregierung auch die finanziellen Deckungsvorschläge übernehmen, die die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN für ihr „Sonderprogramm zum bedarfsgerechten Ausbau von Betreuungsplätzen für Kinder unter drei Jahren“ zum Landesdoppelhaushalt 2005/2006 vorgelegt hat?
4. Hält die Landesregierung 25 Millionen Euro für ausreichend, um ab 1. Januar 2006 das letzte Kindergartenjahr vor der Einschulung beitragsfrei zu gestalten?

4. Abgeordnete Hans-Josef**Bracht und Walter Wirz****(CDU)****Geplante „Standortkampagne“ der Landesregierung**

Wir fragen die Landesregierung:

1. Trifft es zu, dass die Landesregierung eine Standortkampagne Rheinland-Pfalz, die sich an das Bewusstsein von Entscheidern, Multiplikatoren und Rheinland-Pfälzerinnen und Rheinland-Pfälzer richtet, vorbereitet und bereits eine Ausschreibung vorgenommen hat?
2. Wie hoch sind die Etatmittel, aufgeteilt auf möglicherweise mehrere Haushaltstitel, die die Landesregierung für die Kampagne verausgaben will?
3. In welchem Zeitraum soll die Kampagne durchgeführt werden?
4. Wie und in welchem Umfang sollen der Ministerpräsident und Mitglieder der Landesregierung im Rahmen dieser Kampagne in Wort und Bild präsentiert werden?

5. Abgeordneter**Dr. Peter Schmitz (FDP)****Influenza-Pandemie**

Presseberichten der letzten Tage zufolge ist nach Einschätzung der Weltgesundheitsorganisation (WHO) und des Robert-Koch-Instituts (RKI) die Gefahr einer so genannten Influenza-Pandemie durchaus real, ohne dass allerdings die Experten gesicherte Vorhersagen über das Auftreten einer neuen Pandemie treffen können. Die Bundesländer sind derzeit dabei, entsprechende Abwehr- und Behandlungsmaßnahmen vorzubereiten.

Vor diesem Hintergrund frage ich die Landesregierung:

1. Aufgrund welcher Erkenntnisse rechnen Experten weltweit mit dem Auftreten einer erneuten Influenza-Pandemie?
2. Wann und wo trat die letzte Pandemie auf und welche Erkenntnisse konnten aus dieser gewonnen werden?
3. Welche Vorsorgemaßnahmen wurden bislang von der Landesregierung getroffen, um auf den Ausbruch einer Pandemie vorbereitet zu sein und welche Maßnahmen sind hierfür aktuell noch geplant?
4. Welchen Beitrag können die Bürgerinnen und Bürger selbst leisten, um eine entsprechende Erkrankung zu vermeiden oder in ihrer Wirkung abzuschwächen?

**6. Abgeordnete Elke Kiltz
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)****Überlegungen, den Mannheimer Coleman-Flugplatz anstelle des Flugplatzes Speyer auszubauen**

Die Landesregierung will den Ausbau des Flugplatzes Speyer mit einem Landeszuschuss von rund 5,33 Mio. € (Mittel aus dem kommunalen Finanzausgleich) unterstützen. Die Gesamtbaukosten werden auf rund 9 Mio. € geschätzt.

Die aktuellen Berichte zu Überlegungen der amerikanischen Streitkräfte, die Dienststellen im Rhein-Neckar-Raum aufzugeben, geben den Forderungen nach einem Verzicht auf den Ausbau des Flugplatzes Speyer wieder Aktualität und machen eine neue Positionsfindung erforderlich.

Ich frage die Landesregierung:

1. Welche Kenntnisse hat die Landesregierung zur möglichen Aufgabe des Flugplatzes Coleman im Norden von Mannheim durch die US-Streitkräfte?
2. Welche Kenntnisse hat die Landesregierung über die Möglichkeiten und die dabei ggf. anfallenden Kosten, um die Anlagen im Norden von Mannheim als zivilen Rhein-Neckar-Regionalflughafen umzurüsten?
3. Ist für die Landesregierung ein, ggf. zeitlich begrenztes, Ausbaumoratorium in Speyer – bis die Frage einer zivilen Nutzung der Coleman-Anlagen geklärt ist – denkbar?
4. Sieht die Landesregierung Gründe dafür, dass eine Aufgabe der Coleman-Anlagen durch die US-Streitkräfte zu einer Verlagerung der Luftverkehrsanlagen aus Mannheim-Neustheim heraus führen könnte, und wäre damit aus Sicht der Landesregierung eine stärkere Konkurrenz für den Landeplatz in Speyer verbunden?

**7. Abgeordnete Hannelore
Klamm (SPD)****Postversorgung in Rheinland-Pfalz**

Die Deutsche Post AG beabsichtigt in Rheinland-Pfalz weitere 89 Postagenturen zu schließen. Darüber hinaus sind zahlreiche Verstöße gegen die Postuniversaldienstleistungsverordnung (PUDLV) bekannt geworden, wonach Postfilialen und Postagenturen geschlossen wurden, obwohl die betroffenen Kommunen mehr als 2 000 Einwohner haben.

Ich frage die Landesregierung:

1. Wie beurteilt die Landesregierung die postalische Grundversorgung in der Fläche in Rheinland-Pfalz, nachdem die Deutsche Post AG angekündigt hat, weitere 89 Postagenturen sofort bzw. in den nächsten Monaten zu schließen?
2. Wie beurteilt die Landesregierung die in mehreren Fällen (Rodenbach, Rheinzabern, Kamp-Bornhofen usw.) bekannt gewordenen Verstöße gegen die PUDLV durch die Schließung der Postfilialen bzw. -agenturen im Hinblick auf die Nichteinhaltung der 2 000-Einwohner-Grenze?
3. Welche Erkenntnisse liegen der Landesregierung vor, dass die 80 km²-Vorgabe durch die PUDLV in Rheinland-Pfalz nicht immer eingehalten wird?
4. Welche Erkenntnisse hat die Landesregierung über die Umstrukturierung der Standorte im Frachtbereich?

**8. Abgeordnete Marlies
Kohnle-Gros und
Dorothea Schäfer (CDU)****Büchervernichtung an der Johannes Gutenberg-Universität**

Wir fragen die Landesregierung:

1. Treffen Presseberichte zu, wonach an der Universitätsbibliothek der Johannes Gutenberg-Universität Mainz die Entsorgung von rund 23 000 Büchern vorbereitet, inzwischen aber davon – zumindest vorläufig – Abstand genommen hat?
2. Wie bewertet die Landesregierung dieses Vorhaben?
3. Welche Maßnahmen sind für eine kurz- bzw. mittelfristige Abhilfe geplant?